

**Vom "Exportweltmeister" zum Grundeinkommensfinanzierungspionier:  
Für eine ausgleichende Steuerpolitik statt mußeloser Investitionsförderung**

Die bekanntesten "Marken-Namen" für die Finanzierung des Grundeinkommens sind:

- rauf mit der Mehrwertsteuer (G. Werner, M. Klockmann)
- rauf mit Lohn- & Einkommensteuer & Zusatzabgaben aufs Einkommen<sup>1</sup>

Beide Vorschläge – einzeln oder kombiniert – würden die (leider selbstverständlich gewordenen) Einseitigkeiten unseres Steuersystems noch weiter verschärfen.

Welche Einseitigkeiten meine ich? – Um uns dieser Frage anzunähern, bitte ich, Euch auf eine kleine Geschichte einzulassen:

Drei Frauen reisen von Berlin nach Köln. Alle drei auf dem Weg zum selben Seminar:

Frau **A**, 28 Jahre, ist Studentin, lebt von BaföG und gelegentlichen Zuschüssen ihrer nicht gerade wohlhabenden Eltern, die Hartz4 bzw. Altersrente beziehen; sie fährt mit der Bahn nach Köln. Anders ihre Nachbarin, Frau **B**, 37 Jahre. Sie besitzt eine kleine Firma und reist im Privat-PKW. Frau **C**, 33 Jahre, ist angestellt in der Firma von Frau B, auch sie setzt sich für die Fahrt nach Köln ans Steuer ihres eigenen Fahrzeugs; das Seminar besucht sie, weil Frau B ihr das nahegelegt hat; immerhin konnte sie mit Frau B aushandeln, dass die Firma die Hälfte der Seminar-, Fahrt- und Unterkunftskosten trägt.

*Wer zahlt welche Steuern? Wer profitiert von welchen Steuervorteilen?*

→ Schauen wir uns dazu die steuerliche Struktur von Einnahmen und Ausgaben eines Unternehmens an (Seite 2). → Bitte markiert mit einer Farbe, wo unausweichlich Steuern entrichtet werden, und mit einer anderen Farbe, wo Steuervorteile winken!

***BIP, Exporte, Importe und Steuern in Deutschland***

Bei einem Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2007 von 2,4 Billionen € betragen die Exporte 972 Mrd.€, die Importe: 772 Mrd.€, das gesamte Steueraufkommen 538 Mrd.€, die Staatsquote 43,8%.  
nach: [http://de.wikipedia.org/wiki/Volkswirtschaftliche\\_Gesamtrechnung](http://de.wikipedia.org/wiki/Volkswirtschaftliche_Gesamtrechnung)  
sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/Handelsbilanz>

***Steueraufkommen in Deutschland im Jahr 2008 in Mrd.€***

Umsatzsteuer	131
Einfuhrumsatzsteuer	45
Lohnsteuer	142
Solidaritätszuschlag	13
Veranlagte Einkommensteuer	33
Zinsabschlag	13
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	17
Gewerbsteuer	41
Körperschaftssteuer	16
Energiesteuer	39
Tabaksteuer	14
Grundsteuern	11
Versicherungsteuer	10
Kraftfahrzeugsteuer	9
Stromsteuer	6
Grunderwerbsteuer	6
Erbschaftsteuer	5
Zölle	4
(alle übrigen Steuern)	7)
Steueraufkommen gesamt	≈ 560

nach [http://de.wikipedia.org/wiki/Steueraufkommen\\_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Steueraufkommen_(Deutschland))

<sup>1</sup> Modellrechnungen bei: <http://www.ulmer-bge-modell.de/>  
Brainstorming-u.TransfergrenzenEXCEL-V5Althaus.xls  
oder bei  
[http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2010/04/10\\_-\\_04\\_-\\_08\\_BGE-Konzept2010\\_Endfassung.pdf](http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2010/04/10_-_04_-_08_BGE-Konzept2010_Endfassung.pdf)

## Veranschaulichung zur mußelosen Investitionsförderung → Einnahmen und Ausgaben im Unternehmen

### Ausgaben

- (1) Lohnzahlung an Angestellte, verbunden mit der Verpflichtung, den Gesamtsozialversicherungsbeitrag sowie die Lohnsteuer abzuführen
- (2) Laufend verbrauchter Input, z.B. elektrischer Strom, Wasser, Kraftstoffe, im Betrieb verarbeitete Rohmaterialien und Zwischenprodukte: Einkauf inklusive Mehrwertsteuer, jedoch kann das Unternehmen beim Finanzamt den Vorsteuerabzug geltend machen kann
- (3) Produktionsbezogene Anlageinvestitionen: Maschinen, Immobilien, Lizenzen – soweit die eingekauften Güter überhaupt mehrwertsteuerpflichtig sind, ist in einem Betrag oder bei Abschreibung in Raten der Vorsteuerabzug möglich
- (4) In Wirklichkeit produktionsferne, aber doch steuerwirksame Anlageinvestitionen und Rückstellungen für zukünftigen Investitionsbedarf (Immobilien, Beteiligungsgeschäfte – heute meist sehr volatil), Unternehmensaufkäufe (Fusionen), steuerbegünstigte Spenden (Lobbyismus)
- (5) Die nach (1) bis (4) noch verbleibende Differenz bis zur Höhe der Einnahmen ist der Gewinn, welcher der Gewerbesteuer- und der Körperschaftssteuer unterliegt. Nach Abführung dieser Steuern gibt es zwei Verwendungsmöglichkeiten:
  - (5a) Unternehmen tätigt weitere Anlagegeschäfte
  - (5b) Gewinnausschüttung (z.B. Dividende) an Shareholder. Falls dieser eine inländische Privatperson ist und seine Dividende nicht wieder reinvestiert, ist darauf Einkommenssteuer zu entrichten.

### Einnahmen

- Verkauf an inländische Endverbraucher → Mehrwertsteuer auf den Endverbraucherpreis
- Verkauf an inländische Unternehmen zu Bruttopreisen, wobei diese gegenüber dem Finanzamt den Vorsteuerabzug geltend machen können (§ 15 UStG)
- Verkauf ins Ausland (EU oder weltweit) → mehrwertsteuerfrei nach § 4 Nr. 1 UStG, Gutschrift der Vorsteuer

### *Folgen der einseitigen Steuerpolitik*

- Wirtschaften für den Export wird gefördert, der inländische Konsum wird vernachlässigt<sup>2</sup>, obwohl es gute Gründe gibt für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (ökologische Vorteile, soziale Stabilität, Verringerung der Abhängigkeit vom Weltmarkt<sup>3</sup>). Regionale Wirtschaftskreisläufe sind neben den subventionierten Handelskreisläufen kaum konkurrenzfähig.<sup>4</sup>
- Die derzeitige Steuerpolitik fördert kapitalintensive und benachteiligt arbeitsintensive Produktionszweige

<sup>2</sup> Zeitungsartikel, die dieses Problem unter Bezug auf die Euro-/Griechenland-Krise diskutieren:

Der Tagesspiegel schreibt zu diesem Thema am 12.5.2010: "... das Euro-Projekt hat einen Konstruktionsfehler: Es gibt keinen regulären Mechanismus, mit dem die Mitgliedsländer verhindern, dass sie sich zu weit auseinanderentwickeln. Langfristig ist es unmöglich, dass einige Staaten, allen voran Deutschland, ständig Exportüberschüsse erwirtschaften, die sich bei den anderen als Handelsdefizite niederschlagen. Das führt zwingend in die Überschuldung der Defizitländer."

vgl. L. Zeise: Staatspleiten in Serie → <http://www.jungewelt.de/2010/02-02/010.php>  
... und mit beißender Ironie:

<http://jungle-world.com/artikel/2010/18/40853.html> "Zuchtmeister D..."

<http://jungle-world.com/artikel/2010/17/40808.html> "Standort, Standort über alles"

<sup>3</sup> "Die Einbindung in globale Strukturen ökonomischen Austauschs und ökonomischer Arbeitsteilung ist demnach nur vertretbar, wenn es für jeden Aspekt zumindest eine lokale oder regionale Alternativstruktur gibt, eine zweite Struktur, als Sicherheitssystem und als Garant einer gewissen Unabhängigkeit. Gedacht ist an Ernährungssicherheit, lokal verfügbares technisches Wissen, regionale Austauschsysteme, die auch unabhängig vom nationalen oder globalen Handels- und Finanzsystem noch funktionieren." (Christoph Spehr: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation; Berlin 2003

[http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/texte9.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/texte9.pdf) > Seite 82)

<sup>4</sup> "Eine gerechte Wirtschaft muss weitgehend auf Selbstversorgung basieren, weil sonst ein überdimensionierter Handel entsteht und dieser jene privilegiert, die Kapitalreserven haben und sich hohe Transportkosten leisten können. (Wer einen langen Schnauf und eine große Reichweite hat, zerquetscht alle Konkurrenten auf dem 'freien' Markt)." (P.M.: Subcoma. nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft. P.M.s hilfreiches Haushaltsbuch, Zürich 2000, S. 55

- Der Verzicht auf Steuern in weiten Bereichen des wirtschaftlichen Geschehens macht an den übrigen besteuerten Schnittstellen sehr hohe Steuersätze erforderlich, meist größer als 10%. Diese hohen Steuersätze setzen starke Anreize zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung<sup>5</sup> und begünstigen das staatsfeindliche Pauschalurteil, dass Steuersenkungen die Wirtschaft fördern und Steuererhöhungen die Wirtschaft hemmen würden.
- Die derzeitige Steuerpolitik fördert die Akkumulation von Kapital, begünstigt Investitionen innerhalb der Erwerbssphäre gegenüber Investitionen in anderen Lebenslagen. Wollen wir das angesichts von Unterkonsumtion, Überakkumulation<sup>6</sup> und extremer Monetarisierung?

Aktuell haben wir mit große Menge extrem volatilen Kapitals zu tun, das durch spekulative Taktiken jederzeit die Realwirtschaft nicht nur von kleinen Staaten zerrütten kann. Der übermäßige Einfluss von Shareholdern auf alle Ebenen der Politik (Lobbyismus) führte dazu, dass die Ressourcen des Staates immer weniger zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität aller Bürger verwendet werden, sondern dass in der Bildungs-, Forschungs- und Infrastrukturpolitik das gefördert wird, wovon sich die Shareholdern besonders große Renditen, Macht- und Prestigepositionen versprechen; Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge werden privatisiert, Gentechnologie und Patente auf Leben werden großzügig gefördert und Kommunalpolitiker bedienen die Interessen der Immobilienspekulation.

<sup>5</sup> In Bezug auf die Mehrwertsteuer wird z.B. das "Karussellgeschäft" (*Missing Trader Intra-Community fraud*) diskutiert → <http://de.wikipedia.org/wiki/Karussellgesch%C3%A4ft>

<sup>6</sup> Mit dem Begriff "Überakkumulation" will ich ressentimentgeladene und antisemitismus-verdächtige Bilder über die KapitalanlegerInnen vermeiden. Über Versicherungen (insbes. private Vorsorgeversicherungen), Fonds und andere Vermögensanlagen sind weite Kreise der Bevölkerung indirekt zu Kapitalanlegern geworden. Die maßgeblich Handelnden sind heutzutage überwiegend Funktionäre, die von Sachzwängen und Gremienentscheidungen bestimmt werden. Der Philosoph Günther Anders hat bereits Mitte des 20. Jh. in seinem Werk "Die Antiquiertheit des Menschen" beispielhaft analysiert, wie die Institutionen der modernen Gesellschaft die Verantwortung zersplittern und skrupelloses Handeln erleichtern.

### *Geschichte des Umsatzsteuerrechts in der EU*

- Abgestimmt mit EU-Vereinbarungen wurde im Jahr 1968 in der BRD die 4%ige unmittelbar auf die Verkaufseinnahmen erhobene Umsatzsteuer ersetzt durch die Mehrwertsteuer mit Vorsteuerabzug und Steuerbefreiung der Exporte. Die MWSt begann bei 11% und ist seit 2007 bei 19% und für einige Produkte ermäßigt bei 7%.

### *Vorteile einer Rückkehr zur unmittelbar auf die Verkaufseinnahmen erhobenen Umsatzsteuer*

- Flächendeckende Besteuerung aller Schnittstellen würde bei geringen Steuerabgaben pro Schnittstelle dennoch eine hohe Staatsquote, ein hohes Grundeinkommen erlauben.
- Die unmittelbare Umsatzsteuer lässt kaum Interpretations- und Vermeidungsspielraum, verführt nicht zu Bilanztricks → geringer Kontroll- und Verwaltungsaufwand.
- Während die Mehrwertsteuer das Outsourcing bei Subunternehmern (erfahrungsgemäß meist zu Lasten der sozialen und ökologischen Standards) gefördert hat, würde die unmittelbare Umsatzsteuer (insbesondere wenn sie auf die Betriebsstätten bezogen erhoben würde) das Outsourcing mit Kostennachteilen belegen und damit bremsen.
- Die unmittelbare Umsatzsteuer würde Anreize für kurze Produktionsketten setzen und damit regionale Kreisläufe fördern.

- Kapitalmarktsteuern können als ein Anwendungsfall von unmittelbar auf die Verkaufseinnahmen erhobenen Umsatzsteuern betrachtet werden.<sup>7</sup>
- An dieser Stelle kann ich auf die Formulierung aus dem Titel meines Referats zurückkommen: Eine *ausgleichende Steuerpolitik* würde nach Möglichkeit alle Arten geldwirtschaftlicher Transaktionen besteuern und für jede Transaktionsart den jeweiligen Steuersatz so bestimmen, dass diese Transaktionsart weder unnötig geschont (subventioniert) wird, aber auch nicht durch einen übermäßig hohen Steuersatz behindert wird. Dabei können sehr unterschiedliche Steuersätze herauskommen: Bei der Börsenumsatzsteuer können 0,1% schon optimal sein, bei Mieten und Krediten vielleicht 1%, bei der Umsatzsteuer für Waren&Dienstleistungen 4%, bei der Auslieferung an den Endverbraucher (bisher Mehrwertsteuer) 10%, bei einer progressiven Lohn&Einkommenssteuer 10% bis 30%.

<sup>7</sup> Im Tagesspiegel stand am 5.5.2010 über die Börsenumsatzsteuer zu lesen: Würde eine **Umsatzsteuer** von nur 0,05 Prozent auf alle Transaktionen mit Finanzprodukten erhoben, dann könnten nach Kalkulation des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) weltweit rund **660 Milliarden Dollar** im Jahr eingetrieben werden. Allein in der EU mit den Finanzzentren London, Paris und Frankfurt würden rund 290 Milliarden Dollar, umgerechnet 221 Milliarden Euro in die Staatskassen fließen, davon etwa 27 Milliarden Euro in Deutschland. Der große Ertrag aus dem geringen Aufschlag ergibt sich aus den extrem hohen Umsätzen an den Wertpapiermärkten, deren nominaler Wert übers Jahr addiert weltweit mehr als das **Sechzigfache** der globalen **Wirtschaftsleistung** ergibt. Neben dem Steuerertrag rechnen Befürworter auch mit einer Eindämmung besonders riskanter Geschäfte. Die schnelle **Spekulation** würde ausgebremst. Darum würde der Steueraufschlag das Handelsvolumen zwar voraussichtlich um bis zu 65 Prozent mindern, erwartet Stephan Schulmeister, Leitautor der Wifo-Studie. Doch der Umsatzrückgang ist bei der Schätzung des Steuerertrags bereits einkalkuliert. Der frühere SPD-Abgeordnete und heutige Attac-Koordinator Detlev von Larcher ist überzeugt, dass eine Finanztransaktionssteuer nicht im Rahmen der **G 20** eingeführt werden muss: „Sie wäre auch innerhalb der EU oder auch **nur in der Euro-Zone** wirksam.“  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/27-milliarden-euro-fuer-deutschland/1814172.html>

### *Ökobonus, Ökodividende*

- Es soll die Förderung von Bodenschätzen und Wasser, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß und ggf. weitere Umweltbelastungen besteuert werden.
- Erträge aus Abgaben für die Anspruchnahme des gemeinsamen Menschheitserbes an den Ressourcen dieses Planeten würden allen Menschen zu gleichen Teilen zustehen, auszuzahlen am besten als bedingungsloses Weltgrundeinkommen.
- Diese Steuerart könnte außerdem helfen, der Externalisierung, also der Abwälzung von ökologischen und sozialen Folgekosten auf Allgemeinheit entgegenzuwirken und Anreize für weniger umweltbelastendes Verhalten zu setzen.
- Bei genügend hohem Grundeinkommensniveau bräuchte eine durch Erhöhung der Ressourcenpreise bewirkte Inflation<sup>8</sup> und Bremsung der industriellen Produktion *kein* soziales Problem zu sein. Der Ökobonus würde dann indirekt wie eine Besteuerung von Luxuskonsum wirken.

Der Ökobonus wird z.B. bei den Grünen diskutiert.

Detaillierte Ausarbeitungen zu diesem Vorschlag dazu gibt es bei:

- Michel Genet und Philippe Van Parijs (1992): "Eurogrant", in: Basis Income Research Group (BIRG) - Bulletin, Nr. 15, July 1992, S. 4-7. Genet und Van Parijs plädieren für eine allgemeine Energiesteuer zur Finanzierung des Existenzgeldes.
- Gianluca Busilacchi: "Zwei Probleme, eine Lösung: ein globales Grundeinkommen", in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Globale soziale Sicherheit. Grundeinkommen - weltweit?, Berlin 2006, S. 71-79. Busilacchi schlägt ein weltweites Existenzgeld finanziert durch die Abgaben auf die Kohlendioxid-Emission (Emissionsrechte-Handel) vor.
- Damian Ludewig  
<http://damian-ludewig.de> > ökologisch-soziale Ressourcensteuern
- Alwine Schreiber-Martens: Ein Grundeinkommen für alle aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen, Zeitschrift für Sozialökonomie 2007, S. 27 - 32  
<http://www.archiv-grundeinkommen.de/schreiber-martens/Ressourcen-GE.htm>

---

<sup>8</sup> Zur Frage, warum das nach der Finanzkrise in die Kapitalmärkte gepumpte Geld keine Inflation auslöste, gibt es einen interessanten Artikel von Lucas Zeise (Finanzkolumnist bei der Financial Times Deutschland):  
<http://www.jungewelt.de/2009/06-23/003.php>